

Links & aktuell

DIE LINKE. Stadtverband Magdeburg

Ausgabe 12

24. Juni 2011

Mitteilung des Stadtvorstandes

Die Zuwendungsbescheinigungen (Spende, Beitrag) für das Jahr 2010 für die Bareinzahlungen können ab sofort beim Stadtvorstand (Tel.-Nr. 7324960, Karin Kruse) beantragt werden.

Bis auf weiteres werden die Mitgliedsbeiträge und Spenden durch Karin Krusen zu den bekannten Zeiten entgegengenommen.

Keine Privatisierung der Universitätsklinik

Zu den bekannt gewordenen Plänen der Landesregierung, die Universitätsklinik Halle und Magdeburg privatisieren zu wollen, erklärt der wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecher der Fraktion Hendrik Lange:

„Die Pläne zum Verkauf der Universitätskliniken folgen allein der Ideologie der Marktgläubigkeit, allerdings stellen die Kliniken als staatliche Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wesentlich mehr dar. Die Universitätskliniken haben eine wichtige Funktion nicht nur in der hochspezialisierten Krankenbetreuung, sondern vor allem auch für Lehre und Forschung. Nicht zuletzt sind die Universitätskliniken wichtige Arbeitgeberinnen in den Regionen Halle und Magdeburg. Schon die Überführung in Anstalten des öffentlichen Rechts war mit erheblichen Problemen verbunden. Manche, die damals davor warnten, dass dies der erste Schritt auf dem Weg zur Privatisierung sein, scheinen nun Recht zu bekommen.

Die Privatisierung ist mit nicht vertretbaren Risiken verbunden, wissenschaftliche Arbeit und eine

qualitativ hochwertige Ausbildung von medizinischen Fachkräften können von Konflikten überlagert werden, die das erreichte anerkannte Niveau und wissenschaftliche Profilierungsvorhaben untergraben. Wirtschaftlich unrentable Klinikbereiche drohen dem Rotstift zum Opfer zu fallen.

Im Wahlprogramm der SPD ist dies nachzulesen: „Mit uns wird es keine Privatisierung der Universitätsklinik geben.“ Sollte es dennoch zu einer Privatisierung kommen, sollte sich die SPD veranlasst sehen, die Koalition zu verlassen – ansonsten verlöre sie auch noch den letzten Anschein von Glaubwürdigkeit.

Es muss auch daran erinnert werden, dass das Land in den letzten Jahren – und nach bisheriger Planung wird das auch künftig so sein – erhebliche Gelder in die Universitätskliniken investiert hat.

DIE LINKE fordert Landesregierung und Koalition auf, von jeglichen Privatisierungsplänen hinsichtlich der Universitätskliniken Abstand zu nehmen – und dies auch öffentlich. Gegebenenfalls wird sich die Fraktion notwendige parlamentarische Schritte vorbehalten.“

SPD in tiefer Glaubwürdigkeitskrise

Zum Gerangel in der SPD hinsichtlich einer möglichen Privatisierung der Universitätsklinik erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Es ist letztlich unerheblich, wann von etwas gewusst haben mag. Tatsächlich befindet sich die SPD Sachsen-Anhalts in einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise. Wenn im Wahlprogramm der SPD in völliger Klarheit festgestellt wird, eine Privatisierung der Universitätsklinik komme mit ihr nicht in Frage, dann sollte dies für die Landes- und Fraktionsvorsitzende wohl ebenso gelten, wie für den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten.

Will die SPD überhaupt zu politischer Glaubwürdigkeit zurückfinden, so ist es unumgänglich, dass Frau Budde, Herr Bullerjahn und die Landes-SPD insgesamt unverzüglich klarstellen, dass die Privatisierungspläne vom Tisch sind und dass eine weitere Kabinettsbefassung zu diesem Thema mit der SPD nicht mehr stattfinden wird.“



Am 24.06.

Bernhard Hein zum 60.

Am 25.06.

Ilse Pospischil zum 76.

Am 26.06.

Siegfried-Bernd Kratz zum 53.

Gitta Fehse zum 74.

Am 27.06.

Torsten Gehrmann zum 48.

Dieter Leusche zum 70.

Ingeburg Schneider zum 79.

Erich Mühlenkamp zum 80.

Wera Kernchen zum 87.

Am 28.06.

Jürgen Brendel zum 69.

Christa Heidecke zum 76.

Kurt-Gerhard Rockrohr zum 77.

Am 29.06.

Herbert Thiemann zum 49.

Editha Skibinski zum 77.

Am 30.06.

Christa Gardelegen zum 80.

Ingeborg Flügge zum 85.

Rudolf Behrens zum 86.

Redaktionsschluss

für die Ausgabe Nr. 13 von Links&aktuell ist der 1.07.2011. Beiträge können zu den Sprechzeiten des Stadtvorstandes abgegeben werden.

Oder per Mail:
linksundaktuell@dielinke-magdeburg.de

Der Stadtvorstand ist unter folgender E-Mail Adresse erreichbar:
stadtvorstand@die linke-magdeburg.de

Die Ausgabe 12 erscheint am 8. Juli 2011

Am 03.07.

Lutz Habenicht zum 53.

Am 04.07.

Margot Wehrenpfennig zum 75.

Frithjof Berfelde zum 79.

Am 05.07.

Steve Jänichen zum 29.

Kerstin Meyer zum 51.

Roswitha Olm zum 66.

Am 07.07.

Mandy Rachholz zum 25.

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

Inflation - Menschen am Rande der Existenz

Autorenlesung in der Reihe: Solidarisches Gesellschaft

mit Gunnar Kunz, Berlin

Termin: 29.06.2011 18:30 Uhr

Ort: RLS Sachsen-Anhalt, Seminarraum, Ebendorfer Str.4

Reihe: RLS on green tour Risikoorientierte Lebensmittelüberwachung in Sachsen-Anhalt

mit Hannelore Klingemann (Dezernatsleiterin Fachbereich Lebensmittelsicherheit im Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt)

Termin: 30.06.2011 18:30 Uhr

Ort: Universitätsbibliothek (Geb.30), Nähe Pfälzer Straße

RLS mit Unterstützung der Unibibliothek Magdeburg

3. Stadtparteitag einberufen

Auf Grund zweier Einsprüche von Mitgliedern der Partei DIE LINKE über die Rechtmäßigkeit der 5. Tagung des 2. Stadtparteitages und der geplanten Wahl des Stadtvorstandes, hatte der Stadtvorstand beschlossen, für die Wahl einen neuen Stadtparteitag einzuberufen. Diese Einberufung fand am 18. Juni 2011 in einer Sondersitzung des Stadtvorstandes statt. Voraussichtlich wird diese Tagung im September 2011 stattfinden.

Die Basisorganisationen sind aufgefordert, ab sofort, Delegierte zum Parteitag zu wählen. Bei den Wahlen sind die allgemeinen Regeln für Wahlen zu beachten und ein Wahlprotokoll anzufertigen. Weitere Informationen gibt es in der nächsten Ausgabe.

Termine

29.6.2011

14.30 Uhr

Mitgliederversammlung

OV Nördliche Altstadt

Kühleweinstraße

Am 6.6.2011 verstarb unser langjähriger Genosse

Klaus Kleine

Mit ihm verlieren wir einen unserer besten Genossen. Wir werden uns seiner stets erinnern.

Die Mitglieder der Basisorganisation Fritz Rödel

Die Trauerfeier findet am 24. Juni 2011 um 10.00 Uhr auf dem Südfriedhof in Magdeburg statt.

Energiewende sozial: Bezahlbarer Strom ohne Atom

Caren Lay, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, über eine Politik für bezahlbare Strompreise

Das Bundeskartellamt hat zu Monatsbeginn vorhergesagt, dass die Strompreise als Folge des Atomausstiegs steigen. Welche Entwicklung erwarten Sie?

Caren Lay: Das Bundeskartellamt geht davon aus, dass die Macht der Stromkonzerne durch die Energiewende zunächst weiter zunimmt. Dabei sind schon jetzt rund 85 Prozent der deutschen Stromversorgung in der Hand der vier Stromriesen: E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Sie diktieren die Preise, während die Bundesregierung tatenlos zusieht. Die Gewinne der Stromriesen haben sich in weniger als zehn Jahren verdreifacht. Wir sagen: Steigende Preise sind kein Naturgesetz. Es muss endlich politisch gehandelt werden, damit die Stromkonzerne die Kosten der Energiewende nicht auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abwälzen.

Die Strompreise haben sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Was läuft falsch am deutschen Strommarkt?

Mit der Liberalisierung des Strommarktes 1998 hat die Marktmacht hinter der Steckdose maßlos zugenommen. Vor vier Jahren hat die Große Koalition auch noch die staatliche Preisaufsicht abgeschafft. Danach sind die Preise noch rasanter in die Höhe geschossen. Die Energiewende ist

ökologisch wie gesellschaftlich eine Chance, aber nur wenn wir sie sozial gestalten. Atomstrom ist der teuerste Strom, rechnet man die enormen Kosten für Sicherheit und Entsorgung und die Subventionen hinzu. Je schneller die Energiewende kommt, desto besser – in jeder Hinsicht.

Alle, die mit geringen Einkommen auskommen müssen, treffen überhöhte Strompreise besonders hart. Wie kann die Energiewende sozial gestaltet werden?

Erstens brauchen wir wieder eine staatliche Preisaufsicht. Selbstverständlich sollte diese auch einen Verbraucherbeirat haben. Bis die staatliche Preisaufsicht arbeitsfähig ist, muss ein Strompreis-Moratorium neuerliche Preiserhöhungen ausschließen. Zweitens brauchen wir Sozialtarife für einkommensschwache Haushalte, die tatsächlich eine finanzielle Entlastung darstellen. Und drittens darf niemandem wegen Zahlungsschwierigkeiten der Strom abgestellt werden. Energieversorgung ist ein existenzielles Grundrecht!

Wie funktionieren Sozialtarife für Strompreise?

Belgien und Frankreich haben erfolgreiche Modelle eingeführt. Zum einen entfällt für einkommensschwache Haushalte die Grundgebühr. Zum anderen gibt es eine Freimenge. Erst wenn die überschritten ist, wird es teurer. Das ist ökologisch und sozial sinnvoll. Darüber hinaus kann ein Fonds unterschiedliche Kunden-

strukturen zwischen den Stromunternehmen finanziell ausgleichen.

Was unterscheidet LINKE Strompreispolitik von der anderer Parteien?

Wir stellen die soziale Frage. Denn es reicht nicht, nur energieintensive Unternehmen von Extrakosten zu entlasten und das Privatkundengeschäft dem freien Markt zu überlassen. Deshalb fordern wir einen Schutzschirm für Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch DIE LINKE hat immer wieder Vorschläge zur Energieeffizienz gemacht. Zum Beispiel wollen wir das je energieeffizienteste Produkt alle drei Jahre als Mindeststandard festschreiben. Zugleich sagen wir: Einkommensschwache Haushalte können die überhöhten Preise durch Einsparungen nicht auffangen. Ebenso bleibt der von anderen Parteien gern genannte Anbieterwechsel ärmeren Haushalten oft versperrt, da er an die Kundenbonität gebunden ist.

Worum wird es auf der Podiumsdiskussion „Energiewende sozial: Bezahlbarer Strom ohne Atom“ der Fraktion DIE LINKE genau gehen?

Gegenwärtig werden die Weichen für eine Energiewende gestellt. Wir werden mit Fachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik die soziale Frage diskutieren: Wie gelingt eine Energiewende, ohne dass wieder nur die Stromkonzerne profitieren? Alle sind herzlich eingeladen!

linksfraktion.de, 20. Juni 2010

Zweigliedriges Schulsystem nur Zwischenschritt

„Die Errichtung eines zweigliedrigen Schulsystems durch die bloße Zusammenlegung von Haupt- und Realschule behebt noch lange nicht die massiven Mängel des Bildungssystems“, so Rosemarie Hein zu den Plänen der CDU, die Hauptschule in allen Ländern abzuschaffen. Die Sprecherin für allgemeine Bildung der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Zwar werden durch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule beide Bildungsgänge zukünftig unter einem Dach unterrichtet und der Übergang der beiden Bildungswege möglicherweise erleichtert. Doch auch ein zweigliedriges Schulsystem unter Beibehaltung des Gymnasiums hebt die ausgrenzenden Effekte nicht auf. Weder längeres gemeinsames Lernen noch inklusives Lernen als Grundpfeiler von Chancengleichheit in der Bildung lassen sich in einem gegliederten Schulsystem umsetzen. Die Zweigliedrigkeit kann daher bestenfalls als ein Zwischenschritt betrachtet werden.“

DIE LINKE kämpft für eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von sozialer Herkunft, Leistungsvermögen oder Beeinträchtigung. Nur dadurch können Ausschlussmechanismen im Bildungssystem beseitigt und für alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen gewährleistet werden.“

Der ESM-Vertrag ist eine Kriegserklärung an alle Europäer, die noch auf ehrliche Weise ihr Geld verdienen!

Zum von der Bundesregierung vorgelegten Vertrag zur Einrichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch:

Der ESM-Vertrag ist ein Frontalangriff auf die Demokratie in Deutschland und ganz Europa. Es sind im Vertrag keine Kontrollen durch den Bundestag, das Europäische Parlament oder durch Rechnungshöfe vorgesehen. Der Vertrag ist eine Einladung zu Korruption und Verschwendung von Steuergeldern. Die Finanzierung der Anteile des ESM soll aus Steuergeldern erfolgen und nicht aus einer Finanztransaktionssteuer. Die Verursacher der Finanzkrise werden nicht zur Beseitigung der Folgen der Krise herangezogen. Sie erhalten mit dem ESM-Vertrag einen Rettungsschirm für ihre Spekulationen.

Die Beteiligung privater Gläubiger wird „angestrebt“. „Wichtige private Anleger (sollen) dazu ‚ermutigt‘ werden, ihr Engagement beizubehalten.“ Das ist der Kniefall vor der Bankenlobby. Ihr Geld soll gerettet werden und zwar zu 100%. Die Ausfälle sollen die Steuerzahler bezahlen. „Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“ heißt es im Vertrag. Im Vertrag ist nicht die Rede von intelligenten Auflagen, sondern nur strengen. Was strenge und dumme Auflagen bewirken, haben wir in Griechenland gese-

hen. Sie haben dazu geführt, dass Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen kann.

DIE LINKE lehnt den vorgelegten ESM-Vertrag ab und fordert einen Rettungsschirm, der aus einer europäischen Finanztransaktionssteuer finanziert wird. Es kann nicht sein, dass sich die Regierungen immer nur beim Sozialabbau einigen, aber nicht bei der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Regierungen die so schamlos die Interessen der Banken vertreten, müssen abgewählt werden.

Zur Diskussion um die Aufstellung zum Landeshaushalt

Die aktuelle Diskussion der CDU / FDP- Bundesregierung überschneidet sich in Sachsen-Anhalt mit der Diskussion um die Aufstellung zum Landeshaushalt. Vor Ort in Sachsen-Anhalt wird die CDU / SPD - Regierung nicht müde, schmerzhaft Einschnitte im Interesse der Haushaltskonsolidierung anzukündigen, die letztlich auch die Zukunftsfähigkeit des Landes beschädigen.

Unter diesen Rahmenbedingungen eine zusätzliche Verschärfung dieser Situation durch Steuersenkungen herbeizuführen, ist schlechtweg verantwortungslos.

Wenn Herr Haseloff dies heute ebenso sieht, bleibt nur zu hoffen, dass er diese Meinung auch dann vertritt, wenn es darauf ankommt: Nämlich in den Gremien seiner Bundespartei und im Bundesrat.